

Vorwort

Der *Runde Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* wird vom Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. durchgeführt. Der Runde Tisch versammelt VertreterInnen von großen und kleinen Unternehmen, Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften, Ministerien, Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen in Bayern. Diskutiert werden verschiedene Ansätze sowie die wichtigsten Instrumente zur Förderung gesellschaftlicher Verantwortung von Unternehmen. Ausgangspunkt der Debatte sind sowohl Erwartungen von unterschiedlichen Anspruchsgruppen an Unternehmen als auch gute Initiativen und Erfahrungen einzelner Unternehmen oder Branchen, die die Richtung für zukünftiges, verantwortungsbewusstes unternehmerisches Handeln aufzeigen. Der *Runde Tisch Bayern Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* hat sich seit 2006 als kontinuierliche Plattform zur Beförderung des Dialogs über die weitere Entwicklung im Bereich Sozial- und Umweltstandards etabliert.

Die Diskussion um verbindlichere Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen ist auch als ein Beitrag zur Umsetzung der im September 2015 international vereinbarten „Sustainable Development Goals“ zu verstehen. Dort ist „menschenwürdige Arbeit“ als Ziel formuliert (SDG 8) – also die Vermeidung von Kinderarbeit, Zwangsarbeit, Sklaverei und weiteren Menschenrechtsverletzungen, aber auch existenzsichernde Löhne –, eine „nachhaltige Industrialisierung“ (SDG 9) – also die Berücksichtigung auch ökologischer Aspekte – sowie „nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen“ (SDG 12) – also auch Transparenz und Rückverfolgbarkeit entlang der gesamten Wertschöpfungskette von den Rohstoffen bis zu den Endprodukten.¹

¹ Vgl. Südwind-Institut für Ökonomie und Ökumene, Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklungsziele (SDG): Die Rolle des Privatsektors, Bonn 2016. Download siehe http://www.suedwind-institut.de/fileadmin/fuerSuedwind/Publikationen/2016/2016-54_FS_Agenda_2030_SDG_Kooperationen_mit_dem_Privatsektor.pdf

Es ist nunmehr klar, dass der notwendige Wandel bzw. die „Transformation“ hin zu einer global nachhaltigen Entwicklung nicht allein als Aufgabe der Politik verstanden werden kann, sondern ebenso Aufgabe von Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist. Es gilt u.a. einen Bewusstseinswandel voranzutreiben und Produkte verstärkt nach Sozial- und Umweltkriterien zu durchleuchten – von der Rohstoffgewinnung über die Produktion bis hin zu Konsum und Entsorgung. Preise müssen künftig die tatsächlichen Kosten widerspiegeln. Klimagerechtigkeit und universale Rechtsgrundsätze wie die Menschenrechte sind unverzichtbare Grundlagen für eine gerechte und nachhaltige Zukunft.

Blicken wir auf die aktuelle Situation, so leben wir in „einer globalen Externalisierungsökonomie, die die wahren sozialen und ökologischen Kosten von Produktion auf andere Erdteile und zukünftige Generationen auslagert.“² U.a. Wirtschafts-, Handels-, Energie-, Verkehrs- oder Landwirtschaftspolitik sind wenig nachhaltig. Unternehmen und Verbände der Automobilindustrie bevorzugen innovative kriminelle Vorgehensweisen oder Lobbyarbeit gegen Umweltgesetze, statt ihr Können endlich auf nachhaltige Lösungen zu konzentrieren. Mit Stephan Lessenich ist auch das Schweißen des Wohlstandskapitalismus zu brechen – dass „unser individueller und kollektiver Wohlstand eben nicht nur auf harter Arbeit, klugen Herrschaften und dem Glück des Tüchtigen beruht, sondern mindestens ebenso sehr auf struktureller Macht, systematischer Ausbeutung und tätiger Mithilfe an anderer Länder und Leute Unglück“.³

Auch wenn mit Blick auf elf Jahre *Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen* konstatiert werden darf, dass das Nachdenken über Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen längst aus der Nische herausgekommen ist: Der im Dezember 2016 von der Bundesregierung verabschiedete „Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte“ blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Bärbel Kofler, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, beschreibt in ihrem Beitrag in dieser Publikation die Hintergründe und gibt mit dem „Nationalen Aktionsplan“ zugleich einen Bezugsrahmen vor. Ganz aktuell zu beachten ist in diesem Kontext das am 21. Februar 2017 vom französischen Parlament verabschiedete Gesetz zur menschen-

² Horst Köhler, „Wir können auch anders“ = Die Zeit, 15.12.2016, S. 11.

³ Stephan Lessenich, „Neben uns die Sintflut. Die Externalisierungsgesellschaft und ihr Preis“, München 2016, S. 192.

rechtlichen Sorgfaltspflicht von Unternehmen.⁴ Die weitere Diskussion in Deutschland wird sicherlich Bezug nehmen auf dieses Gesetz.

Wenn wir heute die Medien verfolgen, dann finden wir Berichte u.a. über:

- weiterhin unerfreuliche Zustände in der Textilindustrie,
- Kinderarbeit bei der Kakaoernte, bei der Bearbeitung von Natursteinen oder bei der Orangenernte,
- Menschenrechtsverletzungen beim Abbau von Rohstoffen,
- systematische Verletzung von Umweltstandards in der Automobilindustrie,
- Nichtbeachtung von Sozial- und Umweltstandards in der Gewährung von Krediten durch (auch öffentliche) Banken,
- mehrere Tausend Quadratkilometer abgebrannten Regenwald für Palmölproduktion.

Die breite Beteiligung von Unternehmen, Politikerinnen und Politikern sowie Nichtregierungsorganisationen am *Runden Tisch Bayern* ist ein Indiz dafür, wie wichtig eine gemeinsame Verständigung in diesem Themenfeld ist. Mit eigenen Beiträgen zu Gast waren in den vergangenen Jahren u.a. folgende Unternehmen und Verbände: Allianz, BMW, Deuter Sport, Faber-Castell, Fenix Outdoor, Freudenberg, GLS-Bank, HempAge, Hess Natur, HypoVereinsbank, IHK Mittelfranken, IHK Oberbayern, memo, Metro, Primavera Life, Puma, rk-Textil, Tchibo, TÜV-Rheinland, Unternehmensgrün, Verband der bayerischen Textil- und Modeindustrie, Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft sowie der Autozulieferer ZF am Standort Schweinfurt.

Mit der vorliegenden Publikation werden insbesondere die Ergebnisse des 11. „*Runden Tisches Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen*“, der am 16. Dezember 2016 in der GLS-Bank in München stattfand, einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert. Diese erweiterte Tagungsdokumentation wurde zusätzlich um einige aktuelle Beiträge ergänzt. Allen Beiträgen gemeinsam ist die Überzeugung, dass Globalisierung der aktiven politischen Gestaltung bedarf, um zu einer sozial gerechteren und ökologisch verträglicheren Entwicklung zu gelangen.

Der Staat ist bekanntlich für die wirtschaftliche Rahmenordnung zuständig. Inwieweit hilft die Rahmenordnung sogenannten Pionierunternehmen? Werden Unternehmen, die sich um die Einhaltung von Sozial- und Um-

⁴ <http://info.brot-fuer-die-welt.de/blog/frankreich-verabschiedet-sorgfaltspflichtengesetz>

weltstandards in der eigenen globalen Lieferkette bemühen, von der aktuellen Rahmenordnung vor Mitbewerbern geschützt, die sich nicht um solche Standards kümmern (wollen)?

In der vorliegenden Publikation werden einige Positivbeispiele von Unternehmen aufgezeigt – selten nur ermuntert von entsprechenden politischen Rahmenbedingungen, sondern meist basierend auf Überzeugung und trotz widriger politischer Rahmenbedingungen. Mögen diese Unternehmen viele Nachahmer finden und mögen vor allem die Mitbewerber nicht davon profitieren, wenn sie sich nicht an Sozial- und Umweltstandards orientieren. Mit diesen Positivbeispielen soll ein Beitrag geleistet werden zur stärkeren Berücksichtigung von Sozial- und Umweltstandards. Dabei wird die Bandbreite der aktuellen Diskussion vorgestellt – von guten Beispielen aus der (Unternehmens-)Praxis über Hintergrundinformationen bis hin zur Beschreibung branchenübergreifender Initiativen. Von Seiten der Nichtregierungsorganisationen wird der Blick immer wieder auf die Verantwortung in der globalen Lieferkette gerichtet, werden kritische Fragen zur aktuellen Situation gestellt bzw. Forderungen an Unternehmen erhoben.

Hierbei muss selbstverständlich sein, dass der Verantwortungsbereich von Unternehmen und Politik nicht an nahen Grenzen endet und mit Bundeskanzlerin Angela Merkel bleibt in diesem Kontext festzuhalten: „Wenn wir unser Menschenbild ernst nehmen, kann der Anspruch, dass die Würde des Menschen unantastbar sein soll, nicht an den deutschen Staatsgrenzen enden – und auch nicht an den europäischen Außengrenzen.“⁵

Die Diskussion um Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen kann manchmal kompliziert sein. Gute Beispiele helfen oftmals weiter und sollen auch künftig zusammen mit hoffentlich verständlichen Hintergrundinformationen publiziert werden. Auf beeindruckend einfache Weise hat der US-amerikanische „Storyteller“ Robert Fulghum vor gut 30 Jahren eine Art „Anleitung“ verfasst bzw. einige hilfreiche Gedanken auch zur Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards beschrieben:

⁵ Angela Merkel, „Mitleid ist nicht mein Motiv“ = Die Zeit vom 6.10.2016, S. 2-3.

All I really Need to Know I Learnt in Kindergarten⁶

Share everything.
Play fair.
Don't hit people.
Put things back where you found them.
Clean up your own mess.
Don't take things that aren't yours.
Say you're sorry, when you hurt somebody.
Wash your hands before you eat.
Flush.
Warm cookies and cold milk are good for you.
Live a balanced life – learn some
and think some and draw and paint
and sing and dance and play
and work every day some.
Take a nap every afternoon.
When you go out into the world,
watch out for traffic, hold hands,
and stick together.

Wenn das unsere vier und fünf Jahre alten Kinder verstehen – warum nicht auch Erwachsene, Unternehmensverantwortliche und PolitikerInnen?

Alexander Fonari, Vivien Führ & Norbert Stamm

Augsburg und München im Februar 2017

⁶ Robert Fulghum, „All I Really Need to Know I Learned in Kindergarten. Uncommon thoughts on common things“, 1986.